

## **Anlage zu DS 75**

Gewerkschaftstag der GEW 2005

Tischvorlage: Material zur Qualitätsdebatte

### **Alles wird besser – oder: Das Design bestimmt das Bewusstsein**

„Qualität“ gehört zu den Begriffen, die mir schon lange vergällt sind. Ich assoziiere Kaufhof, Quelle, DM, Esso und Shell – und dass mir Ramsch zu überhöhten Preisen angedreht werden soll. Denn das ist ja die Funktion, für die Werbung allzu häufig benutzt wird, immer billiger produzierte Waren durch Glorifizierung schön zu reden. Auf Marketingstrategien baut aber zunehmend auch die Bildungspolitik. Im Wesentlichen werden Sparmaßnahmen durchgeführt, wird Bildung reduziert oder gar (wie im Falle der hessischen Lehrerfortbildungsinstitute) ganz eliminiert. Gleichzeitig werden der Öffentlichkeit hemmungslos Marketing-Begriffe um die Ohren gehauen, die diese Realität verschleiern. Qualität wird von den Bildungsabbaupolitikerinnen und –politikern nicht nur gestiftet, sie wird auch noch garantiert (ganz nach Art von Kaufhäusern), sie wird zertifiziert, und das alles sogar *plus* und *extra*. Ich vermisse derzeit noch das Orwell'sche „doppelpplusgut“, aber die Begrifflichkeiten werden sich weiter steigern; mit jedem neuen Abbau wird ein noch lauterer Qualitätssteigerungs-Jubel angestimmt, um die Bevölkerung hinters Licht zu führen. Ärgerlich nur, dass wir unsere Arbeitszeit dafür verschwenden müssen, um derartige Täuschungsmanöver zu unterfüttern, um vordergründig zu evaluieren und Qualität zu dokumentieren, wo vornehmlich festzustellen wäre, dass Gruppen zu groß, Pädagoginnen und Pädagogen zu wenig, Fortbildungen kaum vorhanden und Räume zu schlecht sind. Derart Negatives offiziell zu konstatieren wird auch gar nicht zugelassen, etwa im Fall der hessischen Schulprogramme.

Von diesen Täuschungsmanövern lassen sich leider auch viele Pädagoginnen und Pädagogen blenden. „Mehr Qualität“ – das klingt doch erst mal gut. Kann man Kolleginnen und Kollegen schelten, die auf diesen Zug springen, weil sie sich persönliche Belohnungen versprechen und ihre Karriere absichern wollen, wenn derartige Verheißungen sogar in manchen gewerkschaftlichen Arbeitsgruppen auf unkritische Resonanz stoßen?

Fortschrittliche Pädagoginnen und Pädagogen bauen seit jeder Feedbackschleifen in ihre Konzepte ein, beteiligen ihre Klientel, arbeiten nicht ohne Rückmeldung, die sich auf vielfältige Art einholen. Sich auf Klassenarbeiten und Abschlussprüfungen zu beschränken, um erst im Nachhinein feststellen zu müssen, dass der ganze Unterricht nichts gefruchtet hatte, war eher Merkmal reaktionärer Pädagogik, der die Interessenlage ihres Klientels vernachlässigbar schien und die nur danach strebte, ihre eigenen Erziehungsziele durchzusetzen. Schon viele Jahrzehnte, bevor Wolff und Co. uns betriebswirtschaftliche Evaluierung und Zertifizierung überstülpen wollten, haben wir uns sehr viel tiefer und

intensiver mit der Frage beschäftigt, wie wir die uns anvertrauten Kinder wirklich erreichen und sie in ihrer Entwicklung ganzheitlich stärken können. Teamarbeit, Partizipation, Elternarbeit, Stadtteilarbeit, regionale und überregionale Vernetzung, Supervision, Fortbildung – all dies bietet uns von jeder Möglichkeiten, unser Tun zu hinterfragen und Rückmeldungen zu erhalten, dient der Reflexion und Weiterentwicklung unserer Arbeit. Das kostet jedoch Zeit und Geld, was politisch derzeit nicht besonders opportun ist. Darüber hinaus kommen Menschen ins Gespräch und solidarisieren sich. Kritisches Denken wird angeregt und eine Haltung entwickelt, die auf Mitbestimmung drängt – auch das passt nicht wirklich zu den Ambitionen unserer Landesregierung. Und: Privatfirmen können dabei keinen großen Reibach machen (ganz im Gegensatz zur heutigen Situation, in der private Institute schon auf unser Geld für ihre Fortbildungs- oder Qualitätssicherungsangebote warten). Wenn nun oberflächliche Evaluation nach Kennzahlen ein intensiveres Feedback und eine gemeinsame Konzeptionsentwicklung durch alle Beteiligten ersetzt, kann man trotzdem lauthals verkünden, dass alles bestens läuft, schließlich wurde die Qualität ja von zertifizierten Instituten evaluiert.

Wie täuschen „Qualitätsauszeichnungen“ sein können, erfuhren die Frankfurter im Frühjahr. Groß aufgemacht war in mehreren Zeitungen und auch im HR zu erfahren, dass drei Kitas von der IHK für ihre Qualität ausgezeichnet worden waren. Die Besten wurden mit Anschrift und Namen der Leiterin genannt, und es gab Fotos, auf denen riesengroße „Ehrenurkunden“ überreicht wurden. Begleittexte versicherten, hier werde viel für die Zukunft von Familien getan. Der gewonnene Wettbewerb ging dann auch um den „Zukunftsfaktor Kinderbetreuung“. Die Siegereinrichtung hatte sich besonders durch ihr „herausragendes Betreuungsangebot qualifizieren“ können. Da bestehen kaum Zweifel, dass Kinder ganz vorzüglich betreut und gebildet werden. Nur wer dann im Kleingedruckten weiter las, bekam mit, was genau bewertet wurde: lediglich die Dauer der Öffnungszeiten. Es ging der IHK schlichtweg darum, auch Eltern kleiner Kinder möglichst „flexibel“ am Arbeitsplatz einsetzen zu können, und Einrichtungen, die dabei unterstützen, bekamen einen Preis.

Ich kenne keine der drei Einrichtungen. Daher kann ich auch nichts über ihre Konzeptionen und ihre praktische Arbeit sagen. Auch in den Medienberichten war ihre Pädagogik kein Thema. Und doch wurde der Eindruck erweckt, diese Kitas leisteten eine ganz vorbildliche Arbeit. Auf fatale Weise wurde – initiiert durch IHK-Presseerklärungen – „lange Öffnungszeit“ mit Hochwertigkeit pädagogischer Arbeit und Familienfreundlichkeit gleichgesetzt. Ob aber allzu flexible Arbeitszeiten wirklich familienfreundlich sind, kann bezweifelt werden. Ist es wirklich der Weisheit letzter Schluss für kleine Kinder, wenn ihre Eltern morgens in aller Frühe aus dem Haus müssen und erst am späten Abend zurückkommen? Ist das familienfreundlich – oder nicht viel eher arbeitgeberfreundlich? Aber solche kritischen Überlegungen hatten in den Medien keinen Platz. Zu hoffen ist, dass die Gleichsetzung besonders langer Öffnungszeiten mit herausragender Pädagogik sich nicht allzu sehr in den Köpfen verankert. Für eine gute Erziehung sind ganz andere Dinge

entscheidend. Dass es für Kind und Familie besonders förderlich ist, wenn Eltern nur selten zu Hause sind, lässt sich nur aus zynischer Sicht behaupten. Harald Schmidt könnte was draus machen.

Leider handelt es sich aber nicht um einen Scherz. Der Einfluss von Industrie und Handel auf Regierungshandeln ist dominierend. Qualitätsmanagement im niedersächsischen ProReko-Modell (vergleichbar dem hessischen „Selbstverantwortung plus“) mündet in Kennziffern, die auf Statistiken basieren (Abschlussquote, Übernahmequote, Ausbildungsdauer, Kosten pro Schüler). Entsprechend könnten für Kindertagesstätten die Öffnungszeiten Bestandteil einer Kennziffer werden, die zusammen mit der Schulreifequote und den Kosten pro Kind die Qualität der Einrichtung definiert. Wer möglichst billig viele Kinder möglichst lange betreut und viele von ihnen einschulen kann, braucht sich um die Zukunft seiner Einrichtung keine Sorgen zu machen. Denn die ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht qualitativ hochwertig – und erfüllt die Wünsche der umliegenden Betriebe. Wie mit den Kindern umgegangen wird, ist kein Thema.

In seiner Broschüre „Zukunftsfaktor Kinderbetreuung – Mehr Freiraum für Beruf und Familie“ stellt der Deutsche Industrie- und Handelskammertag folgende Forderung auf: „Kinderbetreuung an Erwerbsrealitäten anpassen: Etwa die Hälfte aller Erwerbstätigen arbeitet am Wochenende und/oder in Schichtdiensten. Der Gesetzgeber (Land, Kommune, Kreis) muss die Kitas in die Lage versetzen, auf solche Anforderungen reagieren zu können und gegebenenfalls Samstagsöffnung oder späte Öffnungszeiten bei Bedarf anzubieten. Die Arbeits- und Urlaubszeiten dürfen nicht durch die Öffnungszeiten der Kitas diktiert werden.“ (Berlin 2005 S. 2f.) Wer da diktiert wird deutlich. Das Kindeswohl ist es jedenfalls nicht. Deutlich auch die Formulierung auf S. 8: „Es ist daher nicht sinnvoll, dass zum Beispiel in Berlin keine Kita nach 19.30 Uhr geöffnet sein darf. Geschäftsöffnungszeiten bis 20.00 Uhr sind die Regel.“ Klar: Shoppen hat Vorrang.

Wenn wir vom Begriff der Qualität im Sinn von Güte von Eigenschaften und Beschaffenheit ausgehen, müssen wir feststellen, dass diese im Auge des Betrachters liegt; was der besonders gut findet, ist in der Regel das, was seinen spezifischen Interessen dienlich ist. Die kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Interessenlagen wird gern vermieden; zu schmerzhaft würde sonst deutlich, dass Regierungshandeln vorwiegend die Interessen der wirtschaftlich Mächtigen bedient – auf Kosten der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Bei den Bemühungen, pädagogischen Institutionen ursprünglich aus der Produktfertigung stammende „Quality-Management“-Verfahren aufzuhalsen, wird einfach so getan, als gäbe es „Qualität an sich“, ganz unabhängig vom Standpunkt des Betrachters. Pädagoginnen und Pädagogen laufen Gefahr, sich davon einlullen zu lassen: Wer will nicht gern Gutes tun? Gewerkschaften dürfen sich gerade in diesem Punkt keineswegs blenden lassen.

Originäre Gewerkschaftsaufgabe ist es, für Qualität im Sinne der Beschäftigten zu streiten. Die ist jedoch im pädagogischen Bereich extrem schlecht. In vielen Institutionen gefährden die Arbeitsbedingungen sogar die Gesundheit der Bediensteten. Das belegt für den Bereich der Schulen die hohe Zahl von Frühpensionierungen aus Krankheitsgründen. In Kindertagesstätten ist es nicht besser: Viele halten den Stress nur aus, weil sie eine Teilzeitstelle haben; außerdem ist die durchschnittliche Verweildauer im Beruf immer noch auffallend kurz. Das Motto heißt: „Rette sich, wer kann!“ Die Qualität ist so schlecht, dass das schon strafbar ist, denn die Forderungen des Arbeitsschutzgesetzes werden fast nirgendwo erfüllt, und sie wird zügig und rücksichtslos verschlechtert. Ständig vergrößerte Gruppen und Klassen, zunehmend Klientel, das unterschiedliche Probleme mitbringt, verminderte Ressourcen, mehr Arbeitsstunden, zusätzliche Aufgaben: der Stress steigt. Auch „Quality Management“ trägt ganz gezielt dazu bei, die Belastungen zu erhöhen. Jeder vielleicht irgendwo noch vorhandene Freiraum, jede Möglichkeit, einmal Luft zu holen und zu verschnaufen, wird ausgespäht und eliminiert. Vorstellungen werden präsentiert, die darauf hinauslaufen, mehrere Tätigkeiten gleichzeitig auszuüben, etwa bei der Arbeit mit Kindern noch diagnostische Formulare auszufüllen. Controlling ist gnadenlos; bei den derzeitigen Qualitätsdebatten werden die Interessen der Beschäftigten vollkommen ignoriert.

Pädagoginnen und Pädagogen leisten gern sinnvolle Arbeit und fühlen sich für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen verantwortlich. Oft geht mit der Arbeit eine enge emotionale Bindung einher. Die Qualitätsdebatte ignoriert ebenfalls in vielen Aspekten die Interessen der Kinder und Jugendlichen. Auch die sind nicht gut aufgehoben in überfüllten Gruppen und renovierungsbedürftigen Räumen. Auch sie benötigen gutes Material. Vor allem aber brauchen sie gut aus- und fortgebildete pädagogische Kräfte, die Zeit und Muße haben, sich ihnen ganz zu widmen und mit denen sie ein Vertrauensverhältnis eingehen können. Was sie nicht brauchen, sind Dossiers, die über sie angelegt werden, und starre Selektionsvorgaben (etwa zentrale Prüfungen), die die vorhandene Bildungssegregation verschärfen und vorhersehbar zur Verstetigung von Hartz-IV-Karrieren führen werden.

Wie wir heute an vielen Stellen beobachten müssen, werden stattdessen die Interessen von Industrie und Handel bedient, die immer weniger Steuern zahlen, was zu staatlichen Sparmaßnahmen führt. Sie benötigen eine sinkende Anzahl von Arbeitskräften, die für ihre Jobs gut ausgebildet und bereit sind, ihre persönlichen Bedürfnisse ihrer Arbeit unterzuordnen. Dass Fächer wie Deutsch, Englisch und Mathematik wieder als „Hauptfächer“ in den Vordergrund treten, Kreatives aber weniger Raum einnimmt, macht in diesem Zusammenhang Sinn. Zentrale Vorgaben ebenso: Lernen, das an den Bedürfnissen des jeweiligen Kindes oder Jugendlichen orientiert ist, hat in diesem System keinen Platz mehr. Umfassende Bildung ist obsolet geworden.

Interessen von Politikerinnen und Politikern werden vor allem bedient, wenn Qualitätsdebatten Bildungsabbau medienwirksam übertönen. Sie wollen auch dann noch

gefeiert und wiedergewählt werden, wenn sie Maßnahmen durchführen, die gegen die Interessen des überwiegenden Teils der Bevölkerung verstoßen. Und das funktioniert leider ganz gut, auch wenn der Unmut wächst. Aber vielleicht können wir in Zukunft etwas mehr dazu beitragen, ihnen derartige Suppen zu versalzen.

Hier konnten nur einzelne Beispiele aufgeführt werden; weitere Diskussionen sind nötig. Deutlich wird jedoch, dass Gewerkschaften die Interessen derer, die in ihr organisiert sind, verraten, wenn sie sich unkritisch in Qualitätsdebatten einbinden lassen. Stattdessen müssen wir öffentlich machen, wo derartige Kampagnen dazu beitragen, Verschlechterungen im pädagogischen Bereich zu überdecken. Wir müssen viel offensiver diskutieren, wessen Interessen bedient werden – und Forderungen im Interesse unserer Mitglieder und der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen vorantreiben!

Michael Köditz, Referat Sozialpädagogik der GEW Hessen

*Beschlossen als Material zu Antrag 3.4 am 26. April 2005*